

Korruption, Mafia und Neokratie - Staatsaufspaltung und innere Sicherheit

Nirgendwo wünscht eine Mehrheit der Bürger sich einen korrupten Staat, eine korrupte Wirtschaft oder gar eine insgesamt korrupte Gesellschaft. Noch weniger kann eine Mehrheit sich wünschen, dass organisierte oder nichtorganisierte Kriminalität sich breitmacht, weil diese vom Staat nicht mit der notwendigen Konsequenz bekämpft wird. Selbst wenn die meisten Bürger nichts dagegen hätten, zum eigenen Vorsteil bestechen, bestochen werden oder an illegalen Geschäften mitverdienen zu können, wünscht die Mehrheit sich doch nicht, dass viele andere Bürger Gleiches tun. Für Einzelne mögen Korruption und im Extremfall organisierte Kriminalität vorteilhaft sein, aber eine Gesellschaft als ganze nimmt daran natürlich erheblich Schaden.

Dennoch gibt es ein Übermaß an Korruption und Kriminalität auch in Demokratien, in Staaten also, in denen die politische Macht von einer Mehrheit der Bürger ausgeht, die anderes will. Auch in den meisten Demokratien gelingt es der Mehrheit nicht, ihr politisches Interesse in dieser Hinsicht durchzusetzen. Natürlich würde keine Partei und kein Kandidat gewählt, der sich offen zur Nachgiebigkeit gegenüber Korruption und Kriminalität bekannte, aber diese Missstände bestehen fort, auch wenn der eigentliche politische Auftrag noch so unmissverständlich auf deren Abschaffung lautet.

Es gibt zwei mögliche Gründe dafür, dass ein Staat nicht tut, was die Bürger ihm auftragen. Entweder der Staat kann es nicht, oder er will es nicht. Entweder ist er in dieser Hinsicht unfähig, oder er will die Bürger hinters Licht führen. Entweder überschätzen die Politiker sich selbst, oder sie täuschen die Bürger über ihre wahren Absichten. Entweder ist es ein Fall von politischer Inkompetenz oder von Betrug am Bürger, oder es ist beides. Betrug am Bürger ist es natürlich insbesondere dann, wenn Politiker selbst in Korruption oder Verbrechen verstrickt sind. Auch hierfür ist die Geschichte der Demokratie bekanntlich nicht arm an Indizien.

Da Korruption und Verbrechen, insbesondere das organisierte, naturgemäß im Verborgenen blühen, lässt sich nicht ermitteln, zu welchen Anteilen „nur“ politische Inkompetenz und zu welchen Anteilen auch vorsätzliche Täuschung der Bürger vorliegt. Für die politische Willensbildung kommt es hierauf auch nicht an. Wichtig für die Mehrheit der Bürger ist allein, um wie viel besser es ihnen ginge, wenn Staat und Gesellschaft „sauber“ wären, wenn also Korruption und Kriminalität mit rechtsstaatlichen Mitteln bestmöglich bekämpft würden. In dieser Hinsicht können die Bürger getrost ihrer intuitiven Einsicht folgen. Intuitiv ist jedem Bürger klar, dass es einer großen Mehrheit deutlich besser ginge, wenn es weniger Korruption und weniger Kriminalität gäbe. Dann gäbe es im Durchschnitt mehr Wohlstand, mehr Gerechtigkeit und für alle ein gesteigertes Sicherheitsempfinden.

Die Ursachen der politischen Inkonsequenz

Es gibt politische Fragen, über die aus moralischen Gründen anders entschieden werden sollte als nach dem herkömmlichen Mehrheitsprinzip.¹ In Sachen Korruption und Verbrechen aber stimmt das moralisch Gebotene vollständig mit dem Mehrheitsinteresse überein. Eine konsequente Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung liegt nicht nur im Interesse einer eigennützigen Mehrheit, sondern sie entspricht auch den Interessen von Minderheiten. Sie wird nur in den meisten demokratischen Staaten nicht mit dem gewünschten und möglichen Erfolg betrieben.

Auch auf diesem Gebiet ist der Grad des Versagens natürlich bei Politikern und Parteien immer wieder unterschiedlich, aber im Allgemeinen hilft deren Auswechselung dennoch wenig. Staat und Politik versagen auch auf diesem Gebiet nicht nur temporär, sondern sie tun es dauerhaft. Ein solches dauerhaftes Scheitern aber kann nur auf einem Fehler in den dauerhaft geltenden, unabhängig von Mehrheits- und Machtwechseln geltenden Regeln beruhen, also auf einem Fehler im politischen System. Nur wenn dieser Systemfehler behoben würde, wäre eine bessere Umsetzung des politisch Gewollten und moralisch Gebotenen auf diesem Gebiet möglich.

Worin dieser Systemfehler liegt, wird zwar von den meinungsbildenden Kräften demokratischer Gesellschaften aus naheliegenden Gründen noch unterschlagen², aber es ist dennoch leicht auszumachen. Der Fehler ist, dass die Bürger mit ihrem Wählervotum keinen gezielten Auftrag in Sachen Korruptions- und Verbrechenverbeugung erteilen und ebensowenig politisches Scheitern auf diesem Gebiet gezielt abstrafen können. Für das Votum der Wähler können spezielle Fragen wie diejenige der Regeltreue von Bürgern und Politikern und damit der inneren Sicherheit nur ein Nebenrolle spielen. Die Wähler können zwar für Personen oder Parteien stimmen, die ihnen auf diesem Politikfeld besonders konsequent und kompetent erscheinen, und sie können Personen und Parteien abwählen, denen es diesbezüglich an Kompetenz, gutem Willen und Integrität zu fehlen scheint, aber in herkömmlichen Wahlen ist dies nur Teil eines umfassenden Politikauftrags. Eine unhintergehbare politische Willensbekundung in Sachen Korruption und Kriminalität ist es nicht.

In der Demokratie, wie sie ist, können daher Politiker und Parteien darauf hoffen, gewählt oder sogar wiedergewählt zu werden, obwohl sie beispielsweise dem Fortbestehen einer Mafia oder der Korruption in Staat und Wirtschaft nicht konsequent entgegengetreten sind. Daher kann es auch nicht wundern, dass demokratische Staaten in Sachen Korruption, Kriminalität und organisiertem Verbrechen bisher nicht mehr Fortschritte erzielt haben, als es bis in die Gegenwart der Fall ist.

¹ S. hierzu auch *Die Abgründe des Mehrheitsprinzips* in www.reformforum-neopolis.de.

² S. hierzu auch *Unterschlagung von Wissen, Betrug am Bürger?* in www.reformforum-neopolis.de

Die neokratische Lösung

In kaum einer politischen Angelegenheit ist der eigentliche Wille der Bürger so klar wie in dieser, und in kaum einem Politikbereich ist es auch so klar, dass die Ursache des Scheiterns nicht in temporären politischen Mehrheitsverhältnissen liegt. Wenn aber die Mehrheitsverhältnisse nichts an dem Misstand ändern können, dann kann es nur an der politischen Ordnung liegen. Die Konsequenz hieraus kann wiederum nur sein, nach einer besseren politischen Ordnung zu suchen.

Wie für viele andere liegt die Lösung auch für dieses Problem in der Staatsform der Neokratie. In einem neokratischen Staatswesen ließe sich eine spezialisierte Staatssparte einrichten, deren eine und einzige Aufgabe die rechtsstaatliche Minimierung von Korruption und Kriminalität wäre und damit auch die Wahrung der inneren Sicherheit. In einer solchen Staatssparte könnte sich eine fachlich spezialisierte politische Kompetenz herausbilden, die der angemessenen Kompetenz herkömmlicher generalistischer Politikinstanzen weit überlegen wäre. Für eine solche Staatssparte könnten zudem spezielle politische Entscheidungsverfahren entwickelt werden, die sich von denjenigen anderer Staatssparte deutlich unterscheiden. Amts- und Mandatsperioden beispielsweise könnten anders bemessen werden als in anderen Politikbereichen. Sie könnten für einen Teil der Amts- und Mandatsträger vergleichsweise kurz, für den anderen Teil dagegen, der damit ein hohes Maß an Erfahrung und Kompetenz und eine gewisse politische Kontinuität sicherstellen würde, deutlich länger sein.

Auch in der Frage der Bürgerbeteiligung könnte eine in diesem Bereich spezialisierte Staatssparte eigenständige Wege gehen. Beispielsweise könnte ein auf innere Sicherheit spezialisiertes Laienparlament eingerichtet werden, dem die laufende Erfolgskontrolle des professionellen, also des eigentlichen Parlaments obläge. Die Mitglieder eines solchen Laienparlaments wiederum könnten entweder in allgemeinen Wahlen berufen, sie könnten aber auch nach einem Zufallsprinzip bestimmt werden.³

Solche Kombination von professionellem Spartenparlament und gleichermaßen spezialisiertem Laienparlament wäre auf jeden Fall ein institutionelles Arrangement, das für seinen Politikbereich jeder herkömmlichen Demokratie an Kompetenz wie auch an Bürgernähe weit überlegen wäre. Ein solches neokratisches Arrangement würde den Bürgern die größtmögliche Gewissheit geben, in einem regeltreuen Staat und einer regeltreuen Gesellschaft zu leben und nicht unnötig von Korruption und Kriminalität betroffen zu sein.

05 – 2008

www.reformforum-neopolis.de

³ S. hierzu auch *Die Logik der Bürgerbeteiligung* in www.reformforum-neopolis.de